

1  
2  
3  
4  
5  
6 **2003 Landtagswahl in Bayern**

7  
8 **Wir haben im September die Wahl ...**  
9 **und stimmen für höhere und nachhaltige Investitionen in die Zukunft von Kindern und**  
10 **Jugendlichen.**

11  
12 Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) in Bayern sieht seine Hauptaufgabe in  
13 der Interessenvertretung für die Belange von Kindern, Jugendlichen und junge Erwachsenen.  
14 Dabei legen wir großen Wert darauf Kinder und Jugendliche als Mädchen und Jungen, als  
15 junge Frauen und junge Männer mit je eigenen Wünschen, Interessen und Bedürfnissen wahr-  
16 zunehmen.

17 Wir wollen hier zu verschiedenen Themenfeldern unsere Positionen deutlich machen und ein-  
18 fordern, auch wenn diese Positionen im Ganzen nicht von einzelnen Parteien vertreten wer-  
19 den. Wichtig sind uns zur Landtagswahl auch bundespolitische Themen, wir fordern die baye-  
20 rischen PolitikerInnen auf, hier ihren Einfluss geltend zu machen.

21  
22 ***1. „Learning by doing“***

23 Die Erfahrung katholischer Jugendverbände ist es, dass Kinder und Jugendliche ihre Interes-  
24 sen, Themen und Probleme selbst aktiv anpacken und mit Erfolg an deren Umsetzung und  
25 Lösung mitarbeiten. In allen katholischen Jugendverbänden bestimmen Kinder und Jugendli-  
26 che das Geschehen in den Gruppen mit und wählen u.a. ihre Gruppenleitungen und Verbands-  
27 leitungen. Das Grundprinzip der Selbstorganisation wird so zum Lernfeld für Demokratie.  
28 Politische Bildung ereignet sich im Alltag der Gruppe.

29  
30 Der größte Teil der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen erfolgt durch freiwill-  
31 iges unentgeltliches ehrenamtliches Engagement der GruppenleiterInnen. Empirische Unter-  
32 suchungen zum Internationalen Jahr der Freiwilligen, wie z. B. der Freiwilligensurvey 1999  
33 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend haben gezeigt, dass Ju-  
34 gendliche in hohem Maße, stärker als andere Bevölkerungsgruppen, freiwillig tätig sind.

35  
36 Die Aufgaben für die Jugendarbeit in Bayern steigen von Jahr zu Jahr. Gleichzeitig sind 2001  
37 die Mittel für Jugendarbeit um 2,36 Mio. € gekürzt worden. Der Doppelhaushalt 2003/2004  
38 sieht weitere Kürzungen von 1,3 / 2,1 Millionen € vor. Für Baumodernisierung, Renovierung  
39 und Neubauten im Bereich des Kinder- und Jugendprogramms wurden 130 Anträge mit ei-  
40 nem Finanzierungsbedarf von 18 Mio. gestellt, zu deren Finanzierung stehen aber nur 3 Mio.  
41 € jährlich zur Verfügung. Dies bedeutet, dass die Jugendarbeit auf allen Ebenen in ihrer Sub-  
42 stanz gefährdet ist, sowohl durch mangelnde Ressourcen für nachgefragte pädagogische  
43 Maßnahmen (z.B. Jugendbildungsmaßnahmen), als auch durch teilweise nicht verantwortbare  
44 räumliche Zustände.

45  
46 ***Wir haben die Wahl und stimmen für ...***

- 47 - eine bessere gesellschaftliche Anerkennung des freiwilligen ehrenamtlichen Engagements  
48 von jungen Menschen. Dazu gehört u.a. die positive Wertschätzung der durch das Enga-  
49 gement erworbenen Schlüsselkompetenzen sowohl in der Schule als auch bei der Suche  
50 nach einem Ausbildungs- und Arbeitsplatz.

- 51 - die Berücksichtigung von ehrenamtlichem Engagement bei der Vergabe von Studienplät-
- 52 zen, und für entsprechend verlängerte Regelstudienzeiten für Ehrenamtliche und die da-
- 53 von abhängige Bafög-Höchstdauer.
- 54 - eine großzügige Handhabung der Freistellungsmöglichkeiten für freiwilliges Engagement.
- 55 - mehr Partizipation von Kindern und Jugendlichen und ihren verbandlichen Zusammen-
- 56 schlüssen bei allen politischen Entscheidungen, die deren Interessen berühren.
- 57 - eine solide Grundfinanzierung der Aktivitäten und Organisationsstruktur der Jugendarbeit
- 58 in Bayern. Hierbei kommt dem personalen Angebot von hauptberuflich in der Jugendar-
- 59 arbeit Tätigen, als Grundlage des pädagogischen Handelns eine zentrale Bedeutung zu. Des
- 60 weiteren gehört auch ein vernünftig ausgestattetes Netz an Räumlichkeiten und Einrich-
- 61 tungen, die an den unterschiedlichen Bedürfnissen von Mädchen und Jungen orientiert
- 62 sein sollen, und in denen Ehrenamtliche und Hauptberufliche zusammen mit Kindern und
- 63 Jugendlichen ihre Freizeit selbstorganisiert gestalten und verbringen können.
- 64 - eine Jugendarbeit, in der Aktivitäten von freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und
- 65 deren Finanzierung Vorzug genießen vor Angeboten öffentlicher Träger.

66  
67

## 68 **2. Jugendarbeit ist Bildung - Bildung ist mehr als Schule**

69 Sehr häufig wird der Begriff Bildung lediglich der Schule zugeordnet. Dabei wird übersehen,  
70 dass gerade die außerschulische Bildung, die in der Jugend(verbands)arbeit stattfindet,  
71 Merkmale aufzeigt, die durch die Pisa-Studie als besonders wichtig erkannt werden: Freiwil-  
72 ligkeit und Selbstorganisation beim Lernen, Spaß und Bildung stehen miteinander in Bezie-  
73 hung, Chancengleichheit, Lebensweltnähe, soziales Lernen und Befähigung zu politischem  
74 Handeln stehen im Mittelpunkt. So bieten beispielsweise das FSJ und das FÖJ Jugendlichen  
75 ein Modell des Lernens und der Orientierung, das in der deutschen Bildungslandschaft ein-  
76 zigartig ist.

77

78 Unterschiedliche Untersuchungen haben festgestellt, dass in der Schule lediglich 35% der  
79 Bildungsanteile erworben werden, die für die gesellschaftliche Integration notwendig sind.  
80 Jugendarbeit trägt wesentlich zur Persönlichkeitsbildung von Kindern und Jugendlichen in  
81 Form von praktischer, sozialer, ethischer und politischer Bildung bei.

82

83 Schule und Bildungssystem stehen in Bayern trotz des besseren Abschneidens in der bundes-  
84 deutschen Ländervergleichsstudie von PISA im Kreuzfeuer der gesellschaftlichen Auseinan-  
85 dersetzung. Die Schule entscheidet wesentlich über den zukünftigen gesellschaftlichen Rang  
86 von Kindern und Jugendlichen. Die Kommission zum 11. Kinder- und Jugendbericht spricht  
87 von einer gigantischen Fehlsteuerung des bundesdeutschen Bildungs- und Ausbildungssys-  
88 tems, da einerseits der Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften nicht befriedigt wird und  
89 andererseits rund 10% der Jugendlichen keinen Arbeitsplatz finden. Sie fordert „mehr Zeit für  
90 Bildung ... im Sinne einer Förderung und Anerkennung der außerschulisch erworbenen  
91 Kompetenzen“.

92

## 93 **Wir haben die Wahl und stimmen für ...**

- 94 - eine Umgestaltung der Schul- und Bildungspolitik in Bayern, die die verschiedenen Bil-
- 95 dungsträger miteinander vernetzt, damit sie voneinander lernen und profitieren und die
- 96 Schülerinnen und Schüler in den Dialog darum mit ein bezieht.
- 97 - die Förderung und Anerkennung der außerschulisch erworbenen Kompetenzen und damit
- 98 die Anerkennung der Wichtigkeit des informellen Lernens in der Freizeit.
- 99 - eine Stärkung der Freiwilligendienste als Bildungs- und Orientierungsjahr, die nicht für
- 100 den Ausgleich personeller Engpässe missbraucht werden.

- 101 - ein Engagement der Jugendarbeit im schulischen Kontext, das nicht allein als Betreuungs-
- 102 - angebot verstanden wird, sondern vor allem ihre Bildungsaspekte in den Blick nimmt.
- 103 - die Öffnung der Schulen für Aktivitäten außerschulischer Bildungsträger unter Achtung
- 104 - ihrer Organisationsprinzipien ( z. B. KJHG statt EUG).
- 105 - ein Überdenken des Aufbaus des Schulsystems und der daraus resultierenden Ausprägungen
- 106 - (Halbtags- oder Ganztagschule, dreigliedriges Schulsystem, innere Schulgestaltung).
- 107 - eine Schule, die SchülerInnen als Subjekte ihrer eigenen Lernprozesse ernst nimmt und
- 108 - auf soziale Kompetenz der Schülerinnen und Schüler setzt.
- 109 - Schulen mit kleineren Klassen.
- 110 - Schulen, in denen die SchülerInnenmitbestimmung und deren Selbstorganisation keine
- 111 - Fremdkörper sind. Wir wollen die Einbeziehung der Schülerinnen und Schüler in die Ges-
- 112 - taltung des Schulalltags.
- 113 - dynamische am Lernprozess der SchülerInnen und an den unterschiedlichen Lernzu-
- 114 - gangswesen von Mädchen und Jungen orientierte Lehrpläne und Bewertungskriterien.
- 115 - eine starke Autonomie der Schule unter Einbeziehung aller Beteiligten.
- 116 - das Recht und die Pflicht von LehrerInnen und SchulleiterInnen auf Fort- und Weiterbil-
- 117 - dung und Supervision und deren ausreichende finanzielle Förderung.
- 118 - durchlässige Bildungsinstitutionen von der Grundschule bis zur Hochschule, die die be-
- 119 - rufliche Bildung einbeziehen und unterschiedlichen biographischen Entwicklungsverläu-
- 120 - fen Rechnung tragen.
- 121 - gleiche Bildungschancen von deutschen und ausländischen Kindern und Jugendliche
- 122 - (Aussiedler-, Flüchtlingskinder und Kinder mit Migrationshintergrund) in Bayern.
- 123 - eine Schule, die die Träger außerschulischer Bildungsarbeit, deren Fähigkeiten, Möglich-
- 124 - keiten aber auch Grenzen, bei Konzeptionierungen zur Ganztagesbetreuung mit in den
- 125 - Blick nimmt.

126  
127

128

### 129 ***3. Zuwanderung gestalten und Fremdheit überwinden***

130 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Gründe dafür sind das Zusammenwachsen von Eu-  
 131 ropa, die Flucht aus Krisengebieten und Globalisierung. In Deutschland leben 7.336100 Aus-  
 132 länderInnen (2002). Daneben werden viele Deutsche aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit  
 133 als Fremde betrachtet. So leben zum Beispiel in Deutschland 160 000 Menschen jüdischen  
 134 Glaubens.

135

136 Der Anschein eines einigermaßen friedlichen Zusammenlebens trügt: Laut einer Studie der  
 137 Uni Leipzig von 2002 stimmen 43% der Deutschen dem Satz „Ausländer kommen nur hier-  
 138 her, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ zu. 31% aller Westdeutschen fanden, dass „auch  
 139 heute noch der Einfluss der Juden zu groß ist“. Diese besorgniserregenden Forschungsergeb-  
 140 nisse erfordern dringend Handlungsschritte, um Fremdheit zu überwinden und ein gemeinsa-  
 141 mes Leben von Menschen mit unterschiedlichster Herkunft und Religion zu ermöglichen.

142

### 143 ***Wir haben die Wahl und stimmen für ...***

- 144 - ein Zuwanderungsgesetz, das Menschen nicht nur aufgrund ihrer gesellschaftlichen „Ver-
- 145 - wertbarkeit“ einen Platz in dieser Gesellschaft einräumt.
- 146 - die Achtung von Asylanspruch als Menschenrecht – Anerkennung über eindeutige Ge-
- 147 - setzgebung.
- 148 - volle gesellschaftliche und politische Teilhabe und gleiche Rechte für alle Menschen mit
- 149 - dem Lebensmittelpunkt Deutschland.
- 150 - ein friedliches Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen und
- 151 - von Angehörigen unterschiedlicher Religionen.

- 152 - die Achtung der Menschenwürde und gegen die Einrichtung von Ausreisezentren. Wir  
153 fordern die Schließung des Ausreisezentrums in Fürth und den Verzicht auf weitere Ein-  
154 richtungen dieser Art.
- 155 - die Überprüfung unseres eigenen Lebensstandards im Bewusstsein global ungleich ver-  
156 teilter Lebensbedingungen. Daraus erwachsen Konsequenzen für die eigene und gesell-  
157 schaftliche Lebensgestaltung, denn nur internationale Solidarität trägt dazu bei, dass Le-  
158 benschancen gerecht verteilt und Fluchtursachen wirklich bekämpft werden können.

159  
160

#### 161 **4. Für die Kinder ist es Armut**

162 In Bayern sind 26,3% der SozialhilfebezieherInnen Kinder. Dies sind 6,5% aller Kinder, die  
163 hier leben. Das Armutsrisiko nimmt fast linear mit der Anzahl der Kinder im Haushalt zu.  
164 Alleinerziehende, in der Mehrzahl Mütter, sind überproportional häufig von Armut betroffen.  
165 Das geringste Armutsrisiko weisen demgegenüber Ehepaare ohne bzw. mit nur einem Kind  
166 auf.

167

168 Zu dieser finanziellen Armut tritt Bildungsarmut als weitere Form der Armut. Schul- und Bil-  
169 dungsabschlüsse sind entscheidend für Lebenschancen. Untersuchungen haben in den letzten  
170 Jahren die „Vererbung von Bildungsdefiziten“ aufgezeigt, das heißt, wenn die Eltern bereits  
171 über keine oder mangelnde Schul- und Berufsabschlüsse verfügen, findet sich dies in den Bil-  
172 dungsverläufen ihrer Kinder wieder. PISA hat gezeigt, dass Bildungsarmut auch über die im  
173 Schulsystem erworbenen bzw. nichterworbenen Kompetenzen feststellbar ist. 10% der Schü-  
174 lerInnen in der Bundesrepublik erreichen nach der PISA-Studie nicht die Kompetenzstufe 1  
175 und gelten damit als bildungsarm.

176

#### 177 **Wir haben die Wahl und stimmen für ...**

- 178 - eine Politik, die verhindert dass Kinder zum Armutsrisiko für Mütter und Väter werden.  
179 - die Beseitigung des gesellschaftlichen Skandals, dass trotz des vorhandenen Reichtums  
180 eine große Zahl von Kindern in Armut aufwächst.
- 181 - ein Kindergeld in Höhe einer Grundsicherung für jedes Kind.
- 182 - die Honorierung der Erziehungsleistung von Müttern und Vätern durch ein existenzsi-  
183 cherndes Erziehungsgeld.
- 184 - eine bedarfsgerechte Anzahl von Angeboten außerfamiliärer Erziehung und Bildung und  
185 damit für einen Ausbau im Bereich der Kindertagesstätten (Kinderhorte, -gärten, -  
186 krippen).
- 187 - eine Abschmelzung des Ehegattensplittings zugunsten eines Familiensplittings.
- 188 - eine Reform der Rentenversicherung mit dem Ziel auch jungen Menschen mit bezahlba-  
189 ren Rentenbeiträgen eine eigene ausreichende Altersvorsorge zu ermöglichen.

190

191

#### 192 **5. Recht auf Arbeit**

##### 193 **5.1 Erwerbsarbeit**

194 Noch immer bestimmt die Erwerbsarbeit, neben dem finanziellen auch den gesellschaftlichen  
195 Status des einzelnen. Andere gesellschaftlich notwendige Arbeiten werden gesellschaftlich  
196 geringer bewertet. Die prognostizierte und bereits spürbare Spaltung der Gesellschaft in Ar-  
197beitsplatzinhaberInnen und Menschen ohne Erwerbsarbeit widerspricht den Grundsätzen von  
198 Gerechtigkeit, Recht auf Arbeit und Würde einer Person.

199

#### 200 **Wir haben die Wahl und stimmen für ...**

- 201 - eine Erweiterung des Arbeitsbegriffes sowie die solidarische Verteilung von Erwerbsar-  
202 beit

- 203 - eine adäquate Anerkennung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten: Die Kombinati-  
204 on von Erwerbsarbeit, bürgerschaftlichem Engagement und Eigenarbeit soll die Grund-  
205 bedürfnisse befriedigen: Existenzsicherung, Selbstentfaltung, Sinnstiftung und gesell-  
206 schaftliche Teilhabe.
- 207 - Erhöhung des Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen gerade auch in qualifizierten Berufsfel-  
208 dern für Frauen und Männer, Überstundenverbot, Ermöglichung freiwilliger Arbeitszeit-  
209 reduzierung bei unmittelbarer Arbeitsplatzneuschaffung; Arbeitszeitkon-  
210 ten/„Arbeitszeittöpfe“, in die freiwillig Arbeitsstunden zur Umverteilung abgegeben wer-  
211 den können.

212

## 213 **5.2 Situation der Jugendlichen**

214 Auch eine Jugendarbeitslosenquote von 4% bzw. 6,7% (unter 20-J. bzw. unter 25-J., 12/2002)  
215 in Bayern ist noch zu hoch. Gerade in dieser Altersphase ist zur Identitätsbildung und zur  
216 Bewältigung eigener Unsicherheit, angesichts der wachsenden, schwer überblickbaren Mög-  
217 lichkeiten zur Lebensgestaltung, ein stabiler Arbeitsplatz unabdingbar.

218

### 219 ***Wir haben die Wahl und stimmen für ...***

- 220 - pädagogische Angebote zur Orientierung, Begleitung und Unterstützung junger Menschen  
221 während Ausbildung und Übergang zur Erstbeschäftigung.
- 222 - effiziente Förderung benachteiligter Jugendlicher.
- 223 - Sicherstellung eines differenzierten Angebots an Ausbildungsplätzen und einer anschlie-  
224 benden Erstbeschäftigung für alle Jugendliche.
- 225 - gezielte Förderung der Selbständigkeit, um die Eigenverantwortung von jungen Menschen  
226 zu stärken und Abhängigkeiten von einzelnen Arbeitgebern abzuschwächen.

227

## 228 **5.3 Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

229 Der Erwerbsarbeitsmarkt ist in Bezug auf Bezahlung und Status weiterhin stark geschlechts-  
230 hierarchisch geprägt. Darüber hinaus müssen sich nach wie vor viele Mütter und Väter auf  
231 Grund der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und des damit verbunden Rollenverständnisses  
232 sowie der immer noch unterschiedlichen Bezahlung in Männer- und Frauenberufen katego-  
233 risch für Familien- oder Erwerbsarbeit entscheiden. Dies widerspricht der Geschlechterge-  
234 rechtigkeit und dem Anspruch der Kinder auf die Erziehung durch Mutter und Vater.

235

### 236 ***Wir haben die Wahl und stimmen für ...***

- 237 - hälftige Arbeitsteilung aller gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten zwischen Männern  
238 und Frauen.
- 239 - existenzsicherndes Erziehungsgeld sowie Kindergeld als Kindergrundsicherung.
- 240 - Regelangebot auf Arbeitszeitreduzierung für beide Eltern bei Kinderbetreuung bis zum  
241 14. Lebensjahr des Kindes.
- 242 - verbesserte Betreuungsangebote für Kinder (Krippe, Kindergarten, Hort).
- 243 - die gesellschaftliche Anerkennung der Erziehungstätigkeit von Vätern.

244

245

## 246 **6. Erhalt und Entwicklungsfähigkeit der natürlichen Lebensgrundlagen**

247 Kinder und Jugendliche haben als MentorInnen künftiger Generationen einen Anspruch auf  
248 die Erhaltung und Entwicklungsfähigkeit der natürlichen Lebensgrundlagen. Darüber hinaus  
249 verstehen wir ChristInnen uns als FürsprecherInnen der Natur, der als Schöpfung Gottes ein  
250 Eigenwert immanent ist.

251 Insbesondere nach den enttäuschenden Resultaten des Weltgipfels von Johannesburg fordern  
252 wir die bayerischen PolitikerInnen erneut zum Handeln auf!

253

254 **6.1 Energie**

255 Die Probleme der aktuellen Energieversorgung (von Menschen verursachte Klimaverände-  
256 rungen, Endlichkeit fossiler Energieträger, Risikopotenzial der Atomenergie) werden zuneh-  
257 mend in ihren katastrophalen Auswirkungen spürbar.

258

259 ***Wir haben die Wahl und stimmen für ...***

- 260 - die aktive Förderung von Energieeinsparung und Effizienzsteigerung sowohl auf der An-  
261 gebots- wie Nachfrageseite.
- 262 - die gezielte Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energiequellen.
- 263 - den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergienutzung.
- 264 - die Energieversorgung öffentlicher Einrichtungen im Sinne obiger Kriterien.
- 265 - die Weiterentwicklung der Ökosteuer (Besteuerung der Primärenergieträger, Internalisie-  
266 rung externer Kosten, Streichung der Ausnahmeregelungen).

267

268 **6.2 Verkehr**

269 Mobilitätsdruck und das damit verbundene Transportaufkommen nehmen weiter zu. Zu-  
270 kunftsfähige Verkehrspolitik versucht, die negativen Auswirkungen (CO<sub>2</sub>-Ausstoß, Wald-  
271 schäden, Sommersmog, Lärmbelästigung, Flächenverbrauch, Müllaufkommen) zu minimie-  
272 ren.

273

274 ***Wir haben die Wahl und stimmen für ...***

- 275 - eine Verkehrsvermeidungspolitik: Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe; mobilitäts-  
276 sparende, raumplanerische Gestaltung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit.
- 277 - den flächendeckenden Ausbau und die Förderung eines öffentlichen Personennah- sowie  
278 Regionalverkehrs
- 279 - attraktive Fahrpreise im öffentlichen Personennah-, Regional- und Fernverkehr.
- 280 - die Präferenz von Schiene vor Straße.
- 281 - eine an der Höhe der Schadstoffemissionen ausgerichtete KfZ-Steuer.
- 282 - die Einführung einer wirksamen emissionsabhängigen Straßenbenutzungsgebühr für  
283 LKW.
- 284 - die Besteuerung des Flugbenzins gemäß der externen Kosten, Abschaffung der Mehr-  
285 wertsteuerbefreiung für Flugverkehr.
- 286 - den Verzicht auf den Bau der Transrapidstrecke zum Münchner Flughafen und die sinn-  
287 volle Verwendung der dafür vorgesehenen Mittel zur Reparatur des bestehenden bayeri-  
288 schen Schienennetzes.
- 289 - den Stopp des Ausbaus des Münchener Flughafens (3. Startbahn) und ein bundesweit ge-  
290 setzlich geregeltes Nachtflugverbot.

291

292 **6.3 Abfall- und ökologische Stoffwirtschaft**

293 Zukunftsfähige Politik in diesem Bereich erfordert in erster Linie Vermeidung von Müll und  
294 die Reduzierung von Stoff- und Energieeinsatz in den Produktionsprozessen. Das Prinzip der  
295 Nachhaltigkeit kann durch ressourcenschonende Produktion und schadstoffarme Entsorgung  
296 konkretisiert werden.

297

298 ***Wir haben die Wahl und stimmen für ...***

- 299 - eine Stärkung ökologischer und sozialverträglicher Produktionsbedingungen.
- 300 - eine deutliche Erhöhung nachprüfbarer Wiederverwertungsquoten von Wert- und Abfall-  
301 stoffen.
- 302 - Wiederverwertung vor Neuanschaffung.
- 303 - eine integrierte Produktpolitik, die den gesamten „Lebensweg“ eines Produktes in die  
304 Kostenberechnungen einbezieht.

- 305 - die konsequente Beachtung der Beseitigungsautarkie (bayerischer Müll muss in Bayern  
306 umweltschonend entsorgt werden).  
307 - die volle Haftung von Städten und Gemeinden für in ihrem Einzugsbereich entstandenen  
308 Müll.

309

#### 310 **6.4 Landwirtschaft**

311 Bauernsterben einerseits, Lebensmittelskandale sowie Umweltbelastungen andererseits ma-  
312 chen deutlich, welcher Stellenwert einer Wende in der Agrarpolitik zukommt.

313

#### 314 ***Wir haben die Wahl und stimmen für eine Agrarpolitik, die ...***

- 315 - auf die Erhaltung der überwiegend kleinräumigen landwirtschaftlichen Betriebsstruktur  
316 hinwirkt.  
317 - sich 100% ökologischen Landbau zum Ziel setzt und auch 100% ökologischen Verbrauch  
318 fordert.  
319 - durch eine arbeitskraftorientierte Förderung alle landwirtschaftlichen Funktionen monetär  
320 honoriert: umweltverträgliche Lebensmittelerzeugung, Naturschutz und Landschaftspfle-  
321 ge, Bereitstellung nachwachsender Rohstoffe, Naherholung.  
322 - regionale Wirtschaftskreisläufe fördert (Futtermittelproduktion, Tier- und Pflanzenzucht,  
323 Entsorgung tierischer Ausscheidungsprodukte und abgestorbenen Pflanzenmaterials sowie  
324 Vermarktung möglichst betriebseigen bzw. -nah).  
325 - Zuchtproblemen nicht mit Gentechnik sondern mit dem Erhalt einer umfangreichen gene-  
326 tischen Diversität alter Tierrassen und Pflanzensorten als Zuchtpotential begegnet.  
327 - konsequenten Schutz der unbelebten Ressourcen ( z. B. Wasser, Luft, Boden, Klima) be-  
328 treibt.  
329 - artgerechte Tierhaltung sicherstellt.  
330 - Lebensmittel ohne Hormon-, Antibiotika- und Pflanzenschutzmittelrückstände in Erzeu-  
331 gung, Vertrieb und Import garantiert.

332

333

#### 334 ***7. PolitikerInnenprofil***

335 Die 14. Shell-Jugendstudie stellt fest, dass sich nur noch 30% der Jugendlichen zwischen 12  
336 und 25 Jahren als politisch interessiert bezeichnen. Im Jahr 1991 lag diese Zahl noch bei 55%.  
337 Des weiteren trauen nur 37 % der Jugendlichen den etablierten Parteien Problemlösungs-  
338 kompetenz zu. Jugendliche brauchen gerade in der Politik Vorbilder und mehr PolitikerInnen,  
339 denen sie ihr Vertrauen schenken können.

340

#### 341 ***Wir haben die Wahl und stimmen für PolitikerInnen, die...***

- 342 - Fachkompetenz beweisen.  
343 - für Kinder und Jugendliche als authentische Persönlichkeiten erlebbar sind.  
344 - ihre Ideale im Politikalltag nicht aus den Augen verlieren.  
345 - engagiert für die Anliegen von Kindern und Jugendlichen und der Kinder- und Jugend-  
346 verbände eintreten.  
347 - sich für die Realisierung von Geschlechtergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Berei-  
348 chen einsetzen.  
349 - Politik als Streben nach dem Bestmöglichen verstehen und ihr Handeln nicht nur am Zeit-  
350 turnus von Wahlen orientieren.  
351 - für ihre Leistung und Verantwortung gut honoriert werden, aber auf Ämter und Honorare  
352 aus anderweitigen Positionen (Aufsichtsräten und Kuratorien) während ihres Mandates,  
353 verzichten und deren Altersvorsorge ins solidarische System der Rentenversicherung in-  
354 tegriert ist.

- 355 - christliche und humanitäre Werte nicht nur Schlagworte sondern als Handlungsmaxime  
356 verstehen.  
357 - die sich für gegenseitiges Kennenlernen und Akzeptanz der hier lebenden Menschen ein-  
358 setzen, um Fremdheit zu überwinden.

359

360

361 **Beschlossen beim BDKJ-Landesausschuss am 8. Februar 2003 in Augsburg**

362

363

364